



GEMEINDE BINNINGEN

## Protokoll des Einwohnerrats

### X. Legislaturperiode

#### 4. Sitzung vom 15. Dezember 2008

**Ort:** Kronenmattsaal

**Dauer:** 19.00 - 22.00 Uhr

---

**Leitung:** A. Braun

**Anwesend:** 37 Mitglieder

**Abwesend:** K. Amacker, M. Bolleter, T. Rehmann

**Protokollgenehmigung:** Das Protokoll der 3. Sitzung vom 27.10.2008 ist genehmigt.

Präsident:

Protokoll:

Albert Braun

Brigitte Christen

### **Mitteilungen des Präsidenten**

*A. Braun:* Vor zwei Wochen wurden die beiden kommunalen Abstimmungsvorlagen betr. Änderung der Gemeindeordnung und dem Zusatzkredit zum Schlosspark erfreulicherweise angenommen. In der ersten Dezemberwoche wurde jedoch das Referendum zum Beschluss vom 27. Oktober bezüglich Einführung einer Nachmittagsbetreuung für Schulkinder eingereicht. Kritikpunkt ist dabei der Keller, in welchem bisher der Schwingclub trainierte und der umgenutzt werden soll. Die Stimmbürger/innen können sich schon bald an der Urne dazu äussern.

Letzte Woche wurde ausserdem eine Initiative eingereicht, in welcher ein anderer Aufgang ins Schloss gefordert wird. Somit werden die Einwohner/innen zur inzwischen weit herum bekannten Schloss-Mauer gelegentlich abstimmen können.

Am 24. November ist der Kronenplatzkreisel offiziell eingeweiht worden. Am 29. November dankte der Gemeinderat mit einem Apéro im Meiriacker-Schulhaus allen ehrenamtlich Tätigen für ihren unverzichtbaren Einsatz während des Jahres.

Am 7. Dezember war überdies Dorfweihnacht der Binninger Chöre und der Musikschule in diesem Saal.

### Mitteilungen aus dem ER-Büro

Das ER-Büro hat sich am 2. Dezember mit dem Gemeinderat auf dessen Einladung hin zu einem Gedankenaustausch getroffen. Es ging vorwiegend um die künftige Zusammenarbeit und die Suche nach konstruktiven Lösungen. Die Frage von Stil, Vertrauen bzw. Misstrauen und die Art der Austragung politischer Streitpunkte wurden intensiv diskutiert. Einig waren sich alle, dass politische Standpunkte auf sachlicher und nicht auf persönlicher Ebene fair diskutiert werden müssen. Es soll künftig darauf hingewirkt werden, dass Binningen wieder mit positiven statt mit negativen Schlagzeilen in die Medien kommt.

Das ER-Büro hat an seiner Sitzung letzten Freitag mögliche Informationsveranstaltungen zu grossen Vorlagen, beispielsweise der Ortsplanungsrevision und dem Schlossacker, diskutiert. Solche wären für alle Einwohnerrats-Mitglieder hilfreich. Das Hauptproblem ist, einen Termin zu finden. Dem Gemeinderat wurde vorgeschlagen, am Schluss der nächsten Sitzung im Februar einen Info-Teil zum Thema Schlossacker und allenfalls eine Besichtigung eines Alterszentrums in einer Nachbargemeinde durchzuführen. Voraussichtlich würde die Sitzung dann wiederum bereits um 19.00 Uhr beginnen.

Als Datum für den Einwohnerrats-Ausflug wurde Samstag, 13. Juni 2009, festgesetzt.

### **Neu eingereichte persönliche Vorstösse:**

- Postulat FDP: Entlastung der Hauseigentümer von der Schutzraumpflicht ; Gesch. Nr. 25
- Postulat CVP: Mit einer Million gegen die Krise; Gesch. Nr. 26
- Motion CVP: Kein neues Corporate Design für die Gemeinde Binningen; Gesch. Nr. 27

*CVP: L. Metzger* präzisiert zur Motion, dass diese sich auf das Logo bezieht und nichts mit dem Antrag der GRPK zu tun hat, bei welchem es um die Durchführung eines Wettbewerbs geht.

Die Vorstösse gehen zur Bearbeitung an den Gemeinderat.

<b>Traktandenliste</b>	<b>Gesch. Nr.</b>
1. Antrag des Gemeinderats vom 25.11.2008: <b>Ersatzwahl in die Vormundschaftsbehörde für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2012</b>	<b>24</b>
2. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 14.10.2008 und Bericht /Antrag der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission vom 27.11.2008: <b>Voranschlag 2009 / Finanzplan 2010 - 2014</b>	<b>15</b>
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 25.11.2008: <b>Schlossacker, Zentrum für Wohnen und Pflege:</b> <ul style="list-style-type: none"><li>- Bewilligung einer Investitionsausgabe von CHF 13,5 Mio. für Planung und Bau des "Schlossacker, Zentrum für Wohnen und Pflege"</li><li>- Bewilligung einer zweiten Tranche von CHF 1,5 Mio. für die Finanzierung der Generalunternehmer-Ausschreibung</li><li>- Abgabe der Parzelle Nr. 12 im Baurecht an die Stiftung Alters- und Pflegeheime Binningen</li><li>- Anpassung des Strassennetzplans</li></ul>	<b>19</b>
4. Stellungnahme betr. Überweisung / Antrag des Gemeinderats vom 2.9.2008: <b>Postulat SP: Förderung des Langsamverkehrs</b>	<b>196</b>
5. Stellungnahme betr. Überweisung / Antrag des Gemeinderats vom 2.9.2008: <b>Postulat SP: Mehr Sicherheit für den Langsamverkehr</b>	<b>197</b>
6. Interpellation Grüne/EVP vom 18.5.2008: <b>Sanierungsarbeiten auf dem Gelände der Firma Hacoba</b> Schriftliche Antwort des Gemeinderats	<b>205</b>
7. Stellungnahme betr. Überweisung / Antrag vom 22.9.2008: <b>Postulat CVP: Sicherheit und Polizei in Binningen</b>	<b>14</b>
8. Stellungnahme betr. Überweisung / Antrag des Gemeinderats vom 25.11.2008: <b>Postulat CVP: Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Gemeindefinanzen</b>	<b>20</b>
9. Interpellation SP vom 18.8.2008: *) <b>Wie überlebt das Sutter-Haus?</b> Antwort des Gemeinderats	<b>13</b>
10. <b>Diverses</b>	

\*) Traktandum 9 wird aus Zeitgründen auf die nächste Sitzung verschoben.

**Traktandum 1****Gesch. Nr. 24**

Antrag des Gemeinderats vom 25.11.2008:

**Wahl eines Ersatzmitglieds in die Vormundschaftsbehörde für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2012**Eintreten:

*FDP: G. Metz* freut es, dass seine Fraktion einen sehr fähigen Kandidaten nominieren kann. Rolf Roth hat sowohl einen Abschluss als Jurist als auch der Hochschule St. Gallen. Nicht zuletzt dürfte ihm seine Ausbildung zum Mediator in der Vormundschaftsbehörde zugute kommen. Er war während 19 Jahren in der Versicherungsbranche in verschiedenen Funktionen tätig. Seit 1998 ist er selbständiger Rechtskonsulent.

Obwohl keine weiteren Wahlvorschläge vorliegen, ist eine stille Wahl laut Reglement nicht möglich.

<b>://:</b> Als Ersatzmitglied in der Vormundschaftsbehörde wird Rolf Roth, FDP, für die restliche Amtsperiode gewählt.
---

**Traktandum 2****Gesch. Nr. 15**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 14.10.2008 und Bericht / Antrag der GRPK vom 27.11.2008:

**Voranschlag 2009, Finanzplan 2010 - 2014**

*Präsident A. Braun* erwähnt, dass der Abteilungsleiter für Finanzen und Steuern, Christoph Metzger, bereits im Oktober eine neue Stelle angetreten hat. Sein Nachfolger Markus Isler hat am 22. Oktober diese Funktion übernommen. C. Metzger wird gewissermassen als letzte Amtshandlung das folgende Geschäft begleiten.

*GRPK-Präsident F. Dietiker:* Rein äusserlich fällt auf, dass die Beilage zum Voranschlag gegenüber dem Vorjahr um 30 % dünner geworden ist, was den Inhalt dennoch nicht schmälert. Zum GRPK-Bericht zusammenfassend ein paar Anmerkungen: Die düsteren Prognosen können erfreulicherweise revidiert werden. Durch die Anpassung der Gemeindeordnung wird eine wichtige Weiche gestellt, weil Grossinvestitionen über einen längeren Zeitraum abgeschrieben werden. Ausserdem wirkt sich der gute Rechnungsabschluss 2007 positiv aus. Überdies hat der Gemeinderat die Finanzplanung aktualisiert und zukünftig erwartete Gewinne in seine Überlegungen einbezogen. Aus dem Verkauf von gemeindeeigenen Liegenschaften sollte bereits im 2009 ein Buchgewinn von 3.6 Mio. resultieren. Spätestens 2012 muss jedoch reagiert werden, wenn der Selbstfinanzierungsgrad unter 100 % sinken wird. Unter diesem Aspekt wurde auch die Debatte über die Steuerfüsse geführt. Grossmehrheitlich ist die Kommission der Ansicht, dass diese wie im 2008 beibehalten werden sollen. Auf eine Senkung des Ertrags- sowie des Kapitalsteuersatzes ist ebenfalls zu verzichten; diese müssen für 2010 ohnehin auf die gesetzlich vorgeschriebene Höhe gesenkt werden. Mit Befriedigung stellt die GRPK fest, dass der Gemeinderat bereits versucht, die möglichen negativen Auswirkungen aufgrund der drohenden Finanzkrise zu antizipieren. Die Kommission hat einmal mehr festgestellt, dass die wirkungsorientierte Steuerung der Verwaltung Probleme verursacht. Die Überarbeitung des Systems soll in der Kommission thematisiert werden.

Abschliessend ist darauf hinzuweisen, dass sich im Bericht zwei Fehler eingeschlichen haben: Bei den Anträgen auf Seite 7 ging der Punkt 1, die Genehmigung der Leistungsaufträge, vergessen. Auch müsste es in der Klammerbemerkung heissen *vgl. Voranschlag 2009*. F. Dietiker bittet, diese Korrekturen vorzunehmen.

Eintreten:

*G. Metz* hält fest, dass die FDP-Fraktion die beiden von der gemeinderätlichen Vorlage abweichenden Anträge der GRPK unterstützt: Auf die Ausschreibung eines Wettbewerbs für eine neue Corporate Identity soll verzichtet werden. Dieser ist unnötig und zu teuer. Zweitens ist im Investitionsbudget für die Strassenkorrekturen von 100'000 Franken dem Einwohnerrat eine separate Vorlage zu unterbreiten. Darüber hinaus stellt die FDP-Fraktion den Antrag, in einem ersten Schritt die Steuersätze für juristische Personen bereits im 2009 zu senken, und nicht erst im 2010 gemäss kantonaler Vorgabe. Dies käme dem Gewerbe und den Dienstleistungsbetrieben in einem konjunkturpolitisch schwierigeren Jahr entgegen. Die Mindereinnahmen von rund 400'000 Franken könnte die Gemeinde verkraften. Der Antrag lautet: *Der Ertragssteuersatz ist auf den 1.1.2009 auf 3 % und der Kapitalsteuersatz auf 2.6 ‰ zu senken.*

*SP: S. Brenneisen* ist namens seiner Fraktion für Eintreten. Der Ertragsüberschuss von 30'000 ist positiv. Bei den Steuereinnahmen rechnet der Gemeinderat mit Mindereinnahmen von 100'000 Franken im 2009, wobei es wahrscheinlich mehr sein werden. Vor dem Hintergrund der grossen bevorstehenden Investitionen soll der Steuersatz bei 46 % belassen werden. Im Übrigen hält seine Fraktion eine separate Vorlage für die Strassenkorrekturen für unnötig. Grundsätzlich darf festgehalten werden, dass der Aufwand in einem guten Verhältnis zu den erbrachten Leistungen steht.

*SVP: U.-P. Moos:* Seine Fraktion will auf die Vorlage eintreten. Sie unterstützt die beiden Anträge der GRPK: Auf den Wettbewerb ist zu verzichten. Auch sie wünscht eine separate Vorlage für die Strassenkorrektur am Schweissbergweg. Erstmals seit Jahren sind die Ausgaben nur moderat im Rahmen der Teuerung angestiegen, was begrüsst wird. In Anbetracht des Selbstfinanzierungsgrads von 106 % wäre eine Senkung des Steuerfusses um 1 % angebracht. Weil die anderen Fraktionen diese Auffassung nicht teilen, wird auf einen entsprechenden Antrag verzichtet. Das Argument, eine Steuerreduktion wäre nur über den Abbau von Leistungen möglich, wird bestritten. WOV sollte eine permanente Optimierung der Prozesse bewirken mit Kosteneinsparungen ohne Leistungsabbau. Auch die SVP ist der Ansicht, dass der Steuersatz für das Gewerbe gesenkt werden soll. Der Ertragssteuersatz soll von 4 auf 3 % und der Kapitalsteuersatz von 3,5 auf 2.625 ‰ gesenkt werden. Der entsprechende Antrag liegt schriftlich vor. Ausserdem hat die Verwaltung diverse Arbeiten ausgelagert, ohne dass dies zu einer Reduktion des Stellenetats führte. Wurden Stellen abgebaut, so wurden anderswo wieder welche geschaffen. Ein weiterer Antrag zielt deshalb darauf ab, dass der Stellenetat um 200 Stellenprozente gesenkt wird, d. h. auf 10'670.

*GLP: M. Hopf:* Wie F. Dietiker in Aussicht stellte, würde er es begrüssen, wenn die Vorlage leserfreundlicher gestaltet würde. Wünschenswert wäre eine Zusammenfassung nach altem System. Steuersenkungen befürwortet er grundsätzlich, doch wird sich offenbar keine Mehrheit dafür finden. Er schliesst sich jedoch dem Antrag der FDP an, was die Ertrags- und Kapitalsteuer betrifft. Wie sich die Finanzlage der Gemeinde entwickelt, bleibt abzuwarten. Die Steuern werden im 2009 noch nicht wesentlich sinken; wenn überhaupt, dann ist die Vermögenssteuer betroffen. Was den Antrag der SVP zum Abbau von Stellenprozenten betrifft, so hält er den jetzigen Zeitpunkt für denkbar schlecht, zudem drängt sich keine Anpassung auf.

*Grüne/EVP: B. Gürler:* Im Moment präsentiert sich der Selbstfinanzierungsgrad noch positiv. Bekanntlich wird er in wenigen Jahren unter 100 % sinken. Daher wäre schon heute eine Erhöhung der Steuern um 1 % angebracht. Die unvermeidliche Erhöhung in absehbarer Zeit würde moderater ausfallen und wäre für alle tragbar. Die Gemeinde käme dadurch zu Mehreinnahme von einer Million, die sie dringend benötigen wird. Eine separate Vorlage für die Strassenkorrektur Schweissbergweg hält ihre Fraktion nicht für nötig.

*CVP: L. Metzger* erklärt, dass auch seine Fraktion auf das Geschäft eintreten will und mit den Anträgen der GRPK einverstanden ist. Die Steuersenkung für juristische Personen wird dagegen nicht unterstützt. Die rund 400'000 Franken verbessern die Lage der KMUs nicht nennenswert. Firmen würden lediglich mehr sparen, was nicht das Ziel sein kann. Wirksamer ist die Umsetzung der Investitionen, welche mehr zur Sicherung von Arbeitsplätzen beiträgt. Der SVP-Antrag für eine Reduktion um 200 Stellenprozente wird abgelehnt.

**Stellungnahme des Gemeinderats: M. Keller:** Die Exekutive fokussiert sich bewusst auf einen langfristigen Horizont. Eine Senkung der Steuern 2009 wurde in Betracht gezogen; dafür müssten diese dann umso drastischer erhöht werden, was nicht sinnvoll ist. Ungewiss ist, wie stark Binningen von der Finanzkrise betroffen sein wird. Sicher wird jedoch nicht mehr Geld in die Kasse fließen als prognostiziert. Der von U.-P. Moos angesprochene Optimierungsprozess ist eine permanente Aufgabe. Zu erwähnen ist jedoch, dass die Leistungen der Verwaltung und die Anforderungen an sie in den letzten Jahren gestiegen sind. Falls sich eine Gelegenheit zum Streichen von Stellenprozenten ergibt, wird diese auch künftig wahrgenommen.

Detailberatung:

*Leistungsaufträge (LA):*

*Grüne/EVP: P. Buess* ist erstaunt, dass beim LA 2, Steuern, bei den Liegenschaften nur 1 % für den Unterhalt eingestellt werden, zumal er den Eindruck hat, dass diese nicht in einem besonders guten Zustand sind; üblich sind 2 % pro Jahr.

*GRPK-Präsident F. Dietiker* erläutert, dass sich die Kommission vor Kurzem intensiv mit dem Gebäudeunterhalt befasste. Die Verwaltung konnte aufzeigen, dass 1 % genügt, was immerhin 1,75 Mio. Franken entspricht. Sie verfügt über ein spezielles Planungsinstrument, mit dessen Hilfe die Liegenschaften überprüft werden.

*Gemeinderätin A. Schuler* bestätigt, dass sich diese Praxis bewährt.

*SVP: U.-P. Moos* stellt zur Produktgruppe 7, Gesundheit und Soziales fest, dass andere Gemeinden im Gegensatz zu Binningen während der Hochkonjunktur in den letzten Jahren die Sozialhilfekosten senken konnten. Wegen der drohenden Rezession werden diese Ausgaben wohl noch steigen.

*Gemeinderätin A. Mati:* In dieser Produktgruppe fallen vor allem die Beiträge für Ergänzungsleistungen im Rahmen des kantonalen Finanzausgleichs ins Gewicht; diese sind gestiegen, aber nicht beeinflussbar. Hingegen sind im 2007 sowohl die Unterstützungsfälle als die auch -leistungen gemäss Sozialhilfegesetz gesunken. Es werden vermehrte Anstrengungen bei der Arbeitsintegration unternehmen.

*Präsident A. Braun:* Nachdem keine Änderungsanträge gestellt wurden, wird er später gesamthaft darüber abstimmen lassen.

Zum Voranschlag: keine Wortmeldungen.

Präsident A. Braun lässt über die Leistungsaufträge 1 - 10 abstimmen.

Mit 32 Ja bei 5 Enthaltungen wird beschlossen:

**://: Die Leistungsaufträge werden genehmigt.**

Mit 33 Ja, 2 Nein bei 2 Enthaltungen wird beschlossen:

**://: Leistungsziele / Produktbudgets: Leistungszentrum 1: Auf die Durchführung eines Wettbewerbs im Zusammenhang mit der Corporate Identity der Gemeinde Binningen wird verzichtet.**

Mit 29 Ja bei 8 Enthaltungen wird beschlossen:

**://: Gemeindesteuern:  
46 % Steuerfuss der kantonalen Einkommens- und Vermögenssteuer**

Präsident A. Braun lässt über die beiden Änderungsanträge (Senkung der Ertragssteuer auf 3 %) der FDP und der SVP abstimmen.

**://: Der Änderungsantrag der FDP- und SVP-Fraktion wird mit 19 Ja und 18 Nein angenommen. Die notwendige 2/3 Mehrheit ist jedoch nicht erreicht. Der Antrag entfällt daher.**

Mit 19 Ja und 18 Nein wird der GRPK-Antrag angenommen.

**://: Der Ertragssteuersatz bleibt bei 4 %.**

*FDP: G. Metz* ist einverstanden, dass über 2.625 ‰ Kapitalsteuer, analog dem Antrag der SVP, abgestimmt wird.

**://: Der Änderungsantrag der FDP- und SVP-Fraktion zur Senkung des Kapitalsteuersatzes auf 2.625 ‰ wird mit 20 Ja und 17 Nein angenommen. Das 2/3-Mehr ist nicht erreicht. Auch dieser Antrag ist daher unwirksam.**

**://: Bei 36 Anwesenden wird mit 16 Ja, 18 Nein bei 2 Enthaltungen der GRPK-Antrag (3.5 ‰) abgelehnt.**

*Präsident A. Braun:* Weil kein weiterer Änderungsantrag vorliegt, bleibt es beim bisherigen Steuersatz.

**://: Der Kapitalsteuersatz bleibt unverändert bei 3.5 ‰.**

Mit 36 Ja, 1 Nein wird beschlossen:

**://: Die Feuerwehr-Ersatzabgabe beträgt unverändert 3 ‰ vom steuerbaren Einkommen gemäss § 5 des Feuerwehr-Reglements.**

Präsident A. Braun beabsichtigt, über Antrag 4 der GRPK (Globalbudgets) abstimmen zu lassen.

*SP: V. Dubi* stellt den Ordnungsantrag, dass gesamthaft darüber abgestimmt wird.

Dagegen wird kein Einspruch erhoben.

*GLP: M. Hopf* erkundigt sich, ob die Frage der Corporate Identity nicht im Zusammenhang stehe mit dem Betrag von 2'621'796 Franken für die Einwohnerdienste/Aussenbeziehungen und zu streichen ist; dann würde sich auch die CVP Motion erübrigen.

*GRPK-Präsident F. Dietiker* weist darauf hin, dass der Rat bereits über den entsprechenden GRPK-Antrag abgestimmt hat. Die Durchführung eines Wettbewerbs wurde abgelehnt. Es steht kein konkreter Geldbetrag zur Diskussion. Daher ergibt sich kein Einfluss auf die Globalbudgets. Es bleibt dem Gemeinderat überlassen, was er nun tun will.

*GLP: M. Hopf* stellt den Antrag, dass dieser Budgetposten gestrichen wird.

*SP: S. Zürcher:* Dies ist kaum möglich, weil es nicht um einen konkreten Betrag geht.

SVP: U.-P. Moos: Nachdem der Wettbewerb abgelehnt wurde, sollte für den Gemeinderat klar sein, dass diesbezügliche Aktivitäten unerwünscht sind. Andernfalls würde er den Antrag von M. Hopf unterstützen.

GLP: M. Hopf zieht seinen Antrag zurück.

Mit 28 Ja bei 9 Enthaltungen wird beschlossen:

**://:** Die Globalbudgets mit einem Nettoaufwand von insgesamt CHF 44'305'396 für folgende Produktgruppen werden genehmigt (Zahlen gerundet):

	CHF
- Einwohnerdienste, Aussenbeziehungen	2 621 796
- Steuern	214 906
- Gesundheit	4 767 020
- Kultur, Freizeit, Sport	3 231 471
- Bildung	14 636 559
- Öffentliche Sicherheit	1 049 844
- Soziale Dienste	11 975 162
- Verkehr, Strassen	4 073 144
- Versorgung	701 856
- Raumplanung, Umwelt	1 033 637

Mit 28 Ja bei 9 Enthaltungen wird beschlossen:

**://:** Die Positionen ausserhalb der Globalbudgets (gemäss Tab. 4, Kapitel 5) mit einem Nettoertrag von insgesamt CHF 44'333'321 werden genehmigt.

Mit 30 Ja bei 7 Enthaltungen wird beschlossen:

**://:** Der Voranschlag der Laufenden Rechnung 2009 wird mit Aufwendungen von CHF 74'391'474, Erträgen von CHF 74'419'399 und einem Ertragsüberschuss von CHF 27'925 genehmigt.

Abstimmung zum Antrag GRPK: einstimmig

**://:** Folgende Investitionsausgaben werden direkt beschlossen:

- Fahrzeugersatz Werkhof	CHF	84'000
- Diverse Strassendeckbeläge		225'000

Mit 23 Nein, 12 Ja bei 2 Enthaltungen wird im Folgenden der Betrag von CHF 100'000 für Strassenkorrekturen des gemeinderätlichen Antrags abgelehnt.

**://:** Folgende Investitionsausgaben werden direkt beschlossen:

- Fahrzeugersatz Werkhof	CHF	84'000
- Diverse Strassendeckbeläge		225'000
- Strassenkorrekturen		100'000



Präsident A. Braun hält fest, dass der Gemeinderat für die Strassenkorrekturen eine separate Vorlage unterbreiten muss.

**://: Das Investitionsbudget 2009 mit Ausgaben von CHF 9'206'000, Einnahmen von CHF 1'111'000 und Nettoinvestitionen von CHF 8'095'000 wird zur Kenntnis genommen.**

SVP: U.-P. Moos begründet den Antrag zum Abbau von 200 Stellenprozenten wie folgt: Diverse Dienstleistungen wurden ausgelagert. Es ist nur konsequent, den Stellenetat zu senken.

SP: D. Migliazza hält den Antrag formell nicht für realistisch. Aufgrund von WOV und den gefassten Beschlüssen zu Leistungsaufträgen und Globalbudgets sind die Personalkosten in letzteren integriert. Der Rat kann den Stellenetat eigentlich nur zur Kenntnis nehmen.

CVP: A. Achermann möchte erfahren, welche Stellen denn gemeint wären.

SP: S. Zürcher argumentiert, dass im jetzigen Zeitpunkt zwei Stellen zu streichen, das falsche Signal wäre. Die Summe ist im Budget eingestellt und wurde bereits vorher beschlossen. Die Zustimmung zum SVP-Antrag ergibt keinen Sinn, da sich dies nicht auf das Budget auswirkt.

GLP: M. Hopf unterstützt die Aussagen der beiden Vorredner.

GRPK-Präsident F. Dietiker verweist darauf, dass der Antrag gestellt werden muss. Wie bereits D. Migliazza ausführte, ist es mit WOV nicht Sache des Einwohnerrats, ein systemfremdes Element einzuführen. Um flexibel reagieren zu können, benötigt die Exekutive einen gewissen Spielraum. Wenn schon, müsste gesagt werden, wo abgebaut werden soll. Er plädiert für Ablehnung des Antrags.

SVP: U.-P. Moos antwortet, dass beispielsweise bei der Gärtnerei eine 50 % Stelle abgebaut wurde. Andererseits wurde die Stelle einer Kommunikationsbeauftragten geschaffen, die gestrichen werden könnte. Kommunikation ist Chefsache, also des Gemeindepräsidenten. Auch die Immobilien werden auswärts verwaltet; die Buchhaltung der Stiftung Kinderbetreuung wird von dieser erledigt werden; die Gemeindebibliothek muss ebenfalls mehr Eigenleistungen übernehmen. Eine Anpassung ist daher gerechtfertigt.

FDP: C. Fünfschilling: Die Beratung des Budgets ist der falsche Rahmen; dieses Thema müsste in der GRPK diskutiert werden.

SP: S. Zürcher wirft ein, dass es um zwei verschiedene Dinge geht: das eine ist der Stellenetat, das andere die effektiv besetzten Stellen. Ob diese identisch sind, ist unbekannt, weil diese Frage vorgängig nicht geklärt wurde.

CVP: L. Metzger gibt zu bedenken, dass mit der beantragten Streichung finanziell nichts gewonnen wird; denn dann müsste eine gewisse Dienstleistung extern erbracht werden mit entsprechender Kostenfolge.

**://: Der Änderungsantrag der SVP-Fraktion zur Reduktion des Stellenetats um 200 Stellenprozente auf 10'670 Stellenprozente wird mit 9 Ja und 28 Nein abgelehnt.**

Mit 28 Ja und 9 Nein wird der Antrag der GRPK beschlossen:

**://: Der Stellenetat für 2009 wird unverändert mit 10'870 Stellenprozente genehmigt.**

**://: Vom Finanzplan 2010 - 2014 wird Kenntnis genommen.**

*GRPK-Präsident F. Dietiker* bedankt sich beim austretenden Abteilungsleiter Finanzen, Christoph Metzger, für seine Arbeit. Er hat massgeblich beim Aufbau der Kostenrechnung mitgewirkt, einem Basiselement für die Steuerung. Auch das Steuerertragsmodell erlaubt eine wesentlich bessere Prognose, was sein Verdienst ist. Federführend war er auch bezüglich der Übernahme des Produkts Liegenschaften im Finanzvermögen und der Auslagerung der Bewirtschaftung dieser Immobilien. Er verstand es, komplexe Fragen und Zusammenhänge gut verständlich zu kommunizieren. Für die Zukunft wünscht er ihm alles Gute. Gleichzeitig heisst er den Nachfolger, Markus Isler herzlich willkommen.

### Traktandum 3

### Gesch. Nr. 19

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 25.11.2008:

#### **Schlossacker, Zentrum für Wohnen und Pflege:**

- Bewilligung einer Investitionsausgabe von CHF 13,5 Mio. für Planung und Bau des "Schlossacker, Zentrum für Wohnen und Pflege"
- Bewilligung einer zweiten Tranche von CHF 1,5 Mio. für die Finanzierung der Generalunternehmer-Ausschreibung
- Abgabe der Parzelle Nr. 12 im Baurecht an die Stiftung Alters- und Pflegeheime Binningen
- Anpassung des Strassennetzplans

#### Eintreten:

*FDP: W. Müller* stellt fest, dass seine Fraktion vom Projekt völlig überzeugt ist. Die Organisationsstruktur mit einer Geschäftsleitung und den Zentralen Diensten für Langmatten und Schlossacker ergibt Synergien und somit Einsparungen. Zu den Kosten und Terminen ergeben sich Fragen. Die Vorlage kommt gegenüber der Planung mit einem Jahr Verspätung in den Einwohnerrat. Die Investition ist auf 33.2 Mio. geschätzt worden, jetzt lautet der Kostenvoranschlag 42 Mio. Franken, satte 30 % mehr. Leider ist der Vorlage kein Baubeschrieb beigelegt mit den wichtigsten Daten, wie z. B. Bruttogeschossflächen und Raumvolumen nach SIA. Somit kann nicht errechnet werden, wie hoch die Kosten pro Quadratmeter bzw. pro Kubikmeter zu stehen kommen. Nicht nachvollziehbar ist, weshalb auf den Personenlift und die Treppe verzichtet werden soll, zumal im Vorprojekt dieser Aspekt grosses Gewicht hatte. Die Fraktion kam zum Schluss, dass die Überweisung an die BPK mehr Sinn macht als an eine Spezialkommission. Dieses Geschäft ist prioritär zu behandeln. Insbesondere der Kredit von CHF 1.5 Mio. für die Generalunternehmer-Ausschreibung ist dringend.

*SP: V. Dubi* wertet es als sehr positiv, dass es mit dem Bau eines zweiten Alters- und Pflegeheims voran geht. Die gesetzlich vorgeschriebenen Pflegebetten fehlen, der Bedarf ist vorhanden, der Standort seit Jahren festgelegt. Gegen das Baugesuch gab es keine Einsprachen. Der umfassenden Vorlage stimmt die SP-Fraktion grossmehrheitlich zu. Unerfreulich ist die Tatsache, dass die Kosten nun sehr viel höher ausfallen werden. Die Kompetenzen für den Bau liegen bei der Stiftung. Trotzdem sollen die offenen Fragen in einer Spezialkommission diskutiert werden. Besonders stellt sich die Frage, ob wirklich kein besserer Zugang für gehbehinderte Personen als per Lift durch die Tiefgarage möglich ist. Interessant wären in diesem Zusammenhang Informationen, was mit dem Postgebäude geplant ist. Vor Jahren war vorgesehen, dass entlang der Hasenrainstrasse das Terrain frei gehalten wird. Nun bleibt das Haus doch stehen; dadurch wird die Grünfläche der Umgebung viel kleiner, ebenso der Kinderspielplatz. Deshalb muss unbedingt abgeklärt werden, ob das Haus erhalten bleibt oder verkauft wird und ob nicht ein breiterer Fussweg durch den Garten möglich ist. Auch der Verzicht auf den Balkon beim Essraum ist bedauerlich. Eine Spezialkommission soll diese und weitere Fragen beraten. Der Kredit von 1.5 Mio. für die GU-Ausschreibung verträgt eine kurze Verzögerung von 2 bis 3 Monaten, bis die Vorprüfung erfolgt ist.

*SVP: C. Schaub:* Das Projekt wird vollumfänglich befürwortet. Dennoch will die Fraktion nicht heute schon den Kredit für die Ausschreibung genehmigen. Das Geschäft soll an die BPK überwiesen werden; diese soll eine separate Vorlage unterbreiten. Die Argumentation des Gemeinderats, dass

jetzt der Zeitpunkt günstig ist, um gute Konditionen dafür zu erzielen, ist plausibel. Die Kommission sollte in den Monaten Februar bis Mai 2009 das Geschäft behandeln. Auf diese Weise bleibt noch genügend Zeit bis zur Volksabstimmung. Folgende Fragen stellen sich: Weshalb kommt das dringende Projekt so spät? Was ist der Grund, dass die Kosten so massiv teurer ausfallen als im 2005 vorausgesagt? Und weshalb erfährt man von dieser Tatsache aus der Zeitung? Warum wird das Projekt zum symbolischen Preis von einem Franken statt eines angemessenen Preises an die Stiftung abgetreten?

*CVP: A. Achermann* dankt allen Mitwirkenden für die Vorlage für ein neues Alterszentrum. Seine Fraktion ist bereit, darauf einzutreten. Das Geschäft ist komplex und mit hohen Kosten verbunden. Dies rechtfertigt die Überweisung an die BPK, die es unbedingt vorrangig behandeln soll.

*Grüne/EVP: A. Jagtap:* Die Warteliste zeigt, dass der Bedarf an Pflegeplätzen sehr gross ist. Positiv ist, dass der Gemeinderat das Problem frühzeitig erkannt hat. Besonders erfreulich ist, dass ein Minienergie-Bau geplant ist, wofür kantonale Subventionen ausgerichtet werden. Der Bau fällt in eine Phase mit finanziell günstigen Konditionen. Bedauerlich ist, dass dafür der letzte Park mit vielen alten Bäumen im Kern von Binningen geopfert wird. Ein Anliegen seiner Fraktion ist deshalb eine rasche Wiederbegrünung. Die Erschliessung ist via Hohlegasse vorgesehen. Für Velos soll die Durchfahrt erhalten bleiben. Ursprünglich sollte die Liegenschaft auf der Parzelle 261 dem Neubau weichen. Jetzt soll das 1990 erworbene Grundstück wieder verkauft werden. Der Auftrag an einen Generalunternehmer setzt eine generalstabsmässige Planung und Vorbereitung voraus. Danach lässt sich kaum noch etwas ändern. Heute sollen 1.5 Mio. für die Ausschreibung gesprochen werden. Der Betrag geht jedoch an die Stiftung. Wie kann die Gemeinde ihre Interessen geltend machen? Der Überweisung an die BPK wird zugestimmt.

*SP: S. Zürcher:* Alle anderen Fraktionen sprechen sich für die Überweisung an die BPK aus. Weil es eher um die Finanzen als um den Bau geht, hält die SP trotzdem daran fest, dass das Geschäft einer Spezialkommission überwiesen wird.

**Stellungnahme des Gemeinderats:** *H. Ernst:* Das Projekt hat einen entscheidenden Meilenstein erreicht. Es sind bewusst alle im Altersbereich tätigen Institutionen einbezogen worden. Damit erhöht sich die Funktionalität des Baus, was sich wiederum positiv auf die Betriebskosten auswirkt. Sie ist überzeugt, dass die offenen Fragen in der Kommission beantwortet werden können. Der Grund für die Verzögerung der Vorlage liegt darin, dass das APH Langmatten als Trägerin des zweiten Pflegeheims die Organisationsstrukturen umfassend überprüfen und anpassen musste. Dies ist wichtig für eine reibungslose Inbetriebnahme. Sie bittet, dem Kreditantrag noch heute zuzustimmen, denn eine GU-Ausschreibung benötigt rund acht Monate Zeit. Es liegt eine Warteliste für 98 Personen für das Altersheim vor, weitere 31 Personen haben sich vorsorglich angemeldet. Für Menschen, die im Spital sind und auf einen Pflegeplatz warten, sind acht Monate überaus lange. Der Beschluss schafft kein Präjudiz, und Verbesserungsvorschläge aus der Kommission können noch einfließen.

*Gemeinderat M. Keller:* Die Stiftung wurde mit den Aufgaben betraut und ist somit auch verantwortliche Bauherrin. Der Kanton und die Gemeinde beteiligen sich an den Kosten. Für Binningen fallen 13.5 Mio. an bzw. 32 % der Gesamtinvestition. Das Parlament kann mit der Kreditgutsprache Forderungen an die Stiftung stellen, für die inhaltlichen Details ist letztere zuständig. Von der Generalunternehmer-Ausschreibung bis zur Vergabe der Aufträge muss mit acht Monaten gerechnet werden. Überdies ist eine Volksabstimmung zwingend. Wenn die Submission gestartet wird, werden im Hinblick auf die weiteren Prozesse noch vertiefte Informationen einfließen. Wie erwähnt wurde, ist der Zeitpunkt günstig, so dass die Kosten voraussichtlich etwas tiefer ausfallen werden. Die 1.5 Mio. sind ein Teilbetrag der 13.5 Mio, welche die Stiftung refinanzieren muss. Dies wirkt sich direkt auf die Kosten für die Pensionäre aus. Daher ist auch die Stiftung an einer möglichst kostengünstigen Lösung interessiert.

Präsident A. Braun stellt den Antrag der SP für Überweisung an eine Spezialkommission jenem für Überweisung an die BPK gegenüber.

Abstimmung: 11 Ja, 24 Nein, 2 Enthaltungen

**://: Das Geschäft wird zur Prüfung an die Bau- und Planungskommission überwiesen.**

*SP: F. Dietiker:* Nachdem vom Gemeinderat betont wurde, dass es sich in erster Linie um eine Finanzvorlage handelt, stellt sich die Frage, ob nicht die GRPK eher zuständig wäre.

*Präsident A Braun* verweist darauf, dass ein Rückkommensantrag zu stellen wäre. *F. Dietiker* verzichtet darauf.

*A. Braun* lässt über den Antrag 2 des Gemeinderats betreffend Kredit von 1.5 Mio. Franken für die GU-Ausschreibung abstimmen.

*SP: S. Zürcher* möchte wissen, ob Anregungen aus der BPK überhaupt noch in die Submission einfließen könnten. Nachdem doch bei einer GU-Ausschreibung sämtliche Details verbindlich sind.

*GLP: M. Hopf* äussert sich dahingehend, dass die Argumente des Gemeinderats ihn überzeugen und der Kredit heute beschlossen werden sollte.

*SVP: U.-P. Moos* ärgert sich, dass das Projekt mit grosser Verspätung vorgelegt wird und jetzt unter hohem Zeitdruck durchgepeitscht werden soll. Störend ist zudem, dass der Rat nicht direkt, sondern aus der Zeitung über die Kosten informiert wurde. Für seine Fraktion steht ausser Frage, dass der Kredit heute, vor einer Prüfung durch die Kommission, beschlossen wird.

*FDP: R. Moll:* Eine GU-Ausschreibung für ein derart grosses Projekt ist eine hoch komplexe Sache. Den finanziellen Aspekt kann die BPK in einer Sitzung besprechen und allfällige bauliche Änderungsvorschläge einbringen, ohne dass es zu einer wesentlichen Verzögerung kommt.

*CVP: A. Achermann* teilt die Meinung, dass die BPK sich zuerst mit den Finanzen befassen und bald eine separate Vorlage für den Submissionskredit ins Plenum bringen müsste.

*GLP: M. Hopf* ist der Ansicht, dass bei einer GU-Ausschreibung keine Einflussnahme auf bauliche Belange besteht.

*SP: V. Dubi* weist darauf hin, dass das Geschäft bereits im Februar vorliegen müsste.

*Gemeinderätin H. Ernst* erwähnt, dass GR und Stiftung am Samstag, 31. Januar 2009, von 09.00 bis ca. 13.00 Uhr eine Informationsveranstaltung durchführen möchten. Zuerst wird eine Einführung im APH Langmatten stattfinden. Die Pläne können eingehend studiert werden. Fragen zur Organisationsstruktur werden beantwortet. Anschliessend ist eine Besichtigung im Langmatten sowie eine des Erweiterungsbaus im APH Blumenrain in Therwil vorgesehen. Infolge Ferienabwesenheiten der Heimleitungen ist kein früherer Termin möglich. Aus Rücksicht auf die älteren Menschen und aus betrieblichen Gründen kann eine Besichtigung keinesfalls abends stattfinden. Die Stiftung könnte allenfalls eine kurze Informationsveranstaltung in der ersten Hälfte Januar organisieren. Sie plädiert dafür, dass der Rat die Bereitschaft zur Teilnahme aufbringt. Eine Einladung zur oben erwähnten Veranstaltung wird demnächst schriftlich versandt.

*SVP: E. Kohl* kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass der Einwohnerrat einmal mehr unter Zeitdruck gesetzt wird und ein Sachzwang entsteht. Die BPK ist sehr wohl in der Lage, Prioritäten zu setzen, jedoch soll ihr die notwendige Zeit eingeräumt werden.

*Gemeinderat M. Keller* erläutert, dass auch bei einer GU-Ausschreibung Konditionen für die Subunternehmer-Leistungen gestellt werden können, z. B. dass das örtliche Gewerbe zu berücksichtigen ist. Die Stiftung definiert die technischen und organisatorischen Belange. Beim Kredit von 1.5 Mio. handelt es sich um eine Akonto-Zahlung, damit sie weiter planen kann. Im Gegensatz zu Privaten hat die Stiftung keine anderen Möglichkeiten zur Beschaffung von Finanzmitteln. Sie gelangte daher an den Gemeinderat mit der Bitte, vorab eine Rate von 1.5 Mio. freizugeben. Bei den Mitgliedern

der Stiftung handelt es sich übrigens um sehr erfahrene Fachleute. Es wurde vereinbart, dass Inputs der Kommission auch in 2 - 3 Monaten noch berücksichtigt werden.

**://:** Mit 6 Ja, 30 Nein bei 1 Enthaltung wird der gemeinderätliche Antrag für den Investitionsbeitrag zur Durchführung der Generalunternehmer-Ausschreibung von CHF 1.5 Mio. abgelehnt.

#### Traktandum 4

Gesch. Nr. 196

Stellungnahme betr. Überweisung / Antrag des Gemeinderats vom 2.9.2008:

#### Postulat SP: Förderung des Langsamverkehrs

##### Eintreten:

*SP: D. Gorba* ist froh, dass der Gemeinderat das Postulat entgegen nehmen will. Velo fahren trägt zur Entlastung des Verkehrs bei. Der Trend ist leider rückläufig, und dagegen muss etwas unternommen werden.

*FDP: R. Moll* gibt bekannt, dass seine Fraktion gegen eine Überweisung des Vorstosses stimmen wird. Wie der Gemeinderat in seiner Stellungnahme erwähnt, ist im Zusammenhang mit der Revision des Strassennetzplans ein Konzept für Langsamverkehr bereits in Bearbeitung. Die Postulanten hätten also ihre Anliegen direkt dem Gemeinderat schriftlich einreichen können.

*SVP: C. Anliker* vertritt die Fraktionsmeinung, dass in Binningen mit den bestehenden Tempo 30-Zonen - sogar für Sammelstrassen - dem Langsamverkehr genügend Rechnung getragen wird. Die Überweisung wird abgelehnt. Dies gilt auch für das nachfolgende Geschäft Nr. 197.

*Gemeindepräsident C. Simon:* Das erwähnte Konzept betreffend Langsamverkehr sollte im 2009 abgeschlossen werden können. Die postulierten Massnahmen werden geprüft und abgeklärt. Der Gemeinderat wird zu gegebener Zeit abschliessend Stellung nehmen.

Mit 19 Ja : 17 Nein wird beschlossen:

**://:** Das Postulat wird nicht an den Gemeinderat überwiesen.

#### Traktandum 5

Gesch. Nr. 197

Stellungnahme betr. Überweisung / Antrag des Gemeinderats vom 2.9.2008:

#### Postulat SP: Mehr Sicherheit für den Langsamverkehr

##### Eintreten:

*SP: D. Gorba* votiert für Überweisung des Postulats. Er argumentiert, dass so lange jeder fünfte Verkehrstote ein/e Fussgänger/in ist, Handlungsbedarf besteht.

*FDP: R. Moll:* Wie aus der gemeinderätlichen Stellungnahme hervor geht, sind bereits mit der Einführung von Tempo 30 gewisse Präventivmassnahmen getroffen worden und werden laufend neue Erkenntnisse in diesem Bereich umgesetzt.

*Gemeindepräsident C. Simon:* Im Zuge von Strassenarbeiten werden situativ stets auch die Sicherheitsaspekte überprüft und Verbesserungen wenn immer möglich vorgenommen. Auch seitens der

Fachgruppe Verkehr fliessen Anregungen ein. So werden im Zuge von Bauarbeiten beispielsweise abgesenkte Trottoirs realisiert. Auch mit einer aufwändigen teuren Studie käme man nicht schneller voran.

Mit 24 Ja und 13 Nein wird beschlossen:

**://: Das Postulat wird nicht an den Gemeinderat überwiesen.**

## Traktandum 6

**Gesch. Nr. 205**

Schriftliche Antwort des Gemeinderats vom 16.9.2008:

### **Interfraktionelle Interpellation: Sanierung auf dem Gelände der Firma Hacoba**

*Grüne/EVP: R. Bänziger* bedankt sich für die Beantwortung der gestellten Fragen, obschon jene nach dem Zeitpunkt der Kontamination und dem Bekanntwerden derselben als auch jene nach den Schutzmassnahmen für die betroffenen Arbeiter und Anwohner/innen unbeantwortet bleibt. Anzu merken ist insbesondere, dass die gesetzlichen Grenzwerte nicht nur ein wenig sondern massiv überschritten werden. Im Fall von Tretrachlormethan sogar um das 12'000-fache: eine karzinogene, stark leberschädigende und umweltschädliche Substanz. Diese darf nicht mehr verwendet werden, weil sich unter Licht- und Wärmeeinfluss das Kampfgas Phosgen bilden kann. Beim Perchlorethylen wird der Grenzwert ebenfalls um das 700-fache überschritten und beim Trichlorethylen um das 12-fache; beides gleichfalls sehr giftige und karzinogene Substanzen. Der unbekümmerte Umgang damit ist Besorgnis erregend. Bei diesen massiven Grenzwert-Überschreitungen wären weitere Messpunkte angezeigt. Auch die aus dem Boden entweichenden Dämpfe sollten im Hinblick auf die mögliche Phosgenbildung überwacht werden. Die Angelegenheit wird daher im Auge behalten. Sie bezweifelt, ob in Anbetracht der Baugrubengrösse eine halbe Million Franken für die Sanierung ausreichend sein wird. Positiv ist dennoch, dass damit endlich begonnen wurde.

**Die Interpellanten erklären sich von der Antwort teilweise befriedigt.**

## Traktandum 7

**Gesch. Nr. 14**

Stellungnahme betr. Überweisung / Antrag des Gemeinderats vom 22.9.2008:

### **Postulat CVP: Sicherheit und Polizei in Binningen**

#### Eintreten:

*CVP: S. Bräutigam* Für die Bevölkerung ist es positiv, dass die Polizei zu Gunsten vermehrter Patrouillienfahrten die Schalteröffnungszeiten einschränkt. Der Gemeinderat erklärt sich auch bereit, die weitere Entwicklung zu beobachten und wenn nötig Massnahmen einzuleiten. Ihre Fraktion ist mit diesem Vorgehen einverstanden.

*SP: U. Kunz:* Gemäss einer Medienmitteilung der Kantonspolizei im Juli 2008 wird die Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung reorganisiert. Das Sicherheitsdispositiv soll dadurch markant erhöht werden. Die Interventionszeit wird ebenfalls verkürzt. Künftig gibt es noch drei Stützpunkte, sechs Hauptposten, zehn Polizeiposten und zwei Aussenstellen. Binningen wird von einem Polizei-Stützpunkt zu einem -Hauptposten zurückgestuft. Durch die Änderungen wird jedoch das System

deutlich flexibler und die Sicherheit der Bevölkerung erhöht. Auch in Zukunft werden Kantons- und Gemeindepolizei eng zusammenarbeiten.

*FDP: J. Humbel* sieht die Reorganisation positiv. Es ist wesentlich besser, wenn die Polizei draussen präsent statt im Büro ist. Dies wirkt sich präventiv aus. Die FDP-Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderats.

Mit 34 Ja, 2 Nein bei 1 Enthaltung wird beschlossen:

**://: Das Postulat, Sicherheit und Polizei in Binningen, wird an den Gemeinderat überwiesen und als erledigt abgeschrieben.**

## Traktandum 8

**Gesch. Nr. 20**

Stellungnahme betr. Überweisung / Antrag des Gemeinderats vom 25.11.2008:

### **Postulat CVP: Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Gemeindefinanzen**

#### Eintreten:

*CVP: L. Metzger* ist mit der Stellungnahme einverstanden, ebenso mit dem Antrag auf Abschreibung des Postulats. Allerdings muss betont werden, dass es nicht allein um die Abnahme der Vermögenssteuereinnahmen geht. Die Inflation und die Zinsen waren zum Zeitpunkt der Budgeterstellung einiges höher, als sie sich derzeit präsentieren. Infolge dessen sind die Sachaufwände tendenziell im Voranschlag zu hoch eingestellt - ein positiver Aspekt, welcher sich besonders im Bausektor auswirken wird.

*FDP: S. Kaiser* zeigt sich erstaunt darüber, dass das im Postulat aufgegriffene Thema nicht der GRPK während der Budgetprüfung gestellt wurde. Er erachtet es als selbstverständliche Pflicht des Gemeinderats, bei erheblichen Änderungen den Einwohnerrat zu informieren.

*SVP: C. Anliker* schliesst sich dieser Aussage an. Die Kontrolle der Finanzen ist Sache der GRPK.

*CVP: L. Metzger* wendet ein, dass zum Zeitpunkt der Budgeterstellung viele heute bekannten Fakten noch nicht publik waren.

**Stellungnahme des Gemeinderats:** *M. Keller* stellt fest, dass Ende Oktober, als das Postulat eingereicht wurde, allgemein von einer Finanzkrise ausgegangen wurde. Ob sich die Situation auch zu einer eigentlichen Wirtschaftskrise ausweitet und mit welchen Auswirkungen für die Gemeinde, wird sich erst im 2009 zeigen. Der Gemeinderat wird diese brisante Finanzlage sorgfältig überwachen, analysieren und das Parlament wenn nötig orientieren.

Mit 24 Ja, 10 Nein bei 1 Enthaltung (35 Anwesende) wird beschlossen:

**://: Das Postulat, Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Gemeindefinanzen, wird an den Gemeinderat überwiesen und als erledigt abgeschrieben.**

Präsident A. Braun verzichtet aus Zeitgründen darauf, das Traktandum 9, Interpellation betr. Sutterhaus, noch zu behandeln.

**Traktandum 10: Diverses**

*Präsident A. Braun* weist darauf hin, dass in diesem Saal am 5. Januar 2009 abends der Apéro für die Bevölkerung stattfinden wird.

*EVP/Grüne: P. Buess* möchte zur Abstimmung zum Schlosspark-Zusatzkredit vor Kurzem folgendes anmerken: Seine Partei hat das Plakat, auf welchem der Gemeinderat vor der Schlossmauer abgebildet war, als Verleumdung empfunden. Sie distanziert sich klar von dieser Art zu politisieren. Die Gemeinde kann nur von einer konstruktiven, kreativen und dialogfähigen Politik profitieren

*Christoph Metzger* bedankt sich für die anerkennenden Worte des GRPK-Präsidenten, die erspriessliche Zusammenarbeit und das erhaltene Geschenk. Seine Zeit als Abteilungsleiter Finanzen und Steuern in Binningen war sehr und interessant und zugleich intensiv. Erfreut stellt er fest, dass sich der Rat zusehends zu Profis bezüglich WOV entwickelt.

*Präsident A. Braun* beschliesst die Sitzung mit den besten Wünschen für die bevorstehenden Festtage und lädt zum Apéro ein.